

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

EU – Ägypten Deal

Am 17. März wurde das **neue europäische Migrationsabkommen mit Ägypten** beschlossen. 7,4 Milliarden Euro bekommt Ägypten, unter anderem, um Migrant*innen davon abzuhalten, nach Europa zu kommen, wofür der Deal **stark kritisiert** wird. Offiziell handelt es sich bei diesem Deal um Finanzhilfen, um eine strategische Partnerschaft aufzubauen und auszuweiten. Neben der Eindämmung der Migration über das Mittelmeer geht es vor allem um die Energieversorgung, gegenseitigen Handel und Sicherheit und den Wunsch Ägyptens, die eigene Wirtschaft auf diese Art und Weise wieder zu stabilisieren. Tatsächlich ist nur ein kleiner Teil des Geldes – **200 Millionen Euro** – für das **Migrationsmanagement**, wie es offiziell genannt wird, gedacht.

Bei den Verhandlungen wurde die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula Von der Leyen, unter anderem von **Giorgia Meloni** begleitet, welche vor Ort den **Mattei-Plan** (der sogenannte "Afrika-Plan" der italienischen Regierung) promoten und die Schlüsselposition Italiens in der europäischen Migrationspolitik hinweisen wollte.

Dieser Deal ist ein weiterer in einer Reihe von Abkommen zwischen der EU und verschiedenen Drittstaaten, wie zum Beispiel der Türkei, Tunesien und zuletzt Mauretanien und wird vor allem wegen der **schwierigen Menschenrechtslage in Ägypten** kritisiert. Es gibt zwar Statements, das Menschenrechte von Beginn an ein Teil der Verhandlungen waren, jedoch scheint es eher unwahrscheinlich, dass sich die Lage für

Einheimische und Migrant*innen in nächster Zeit verbessern wird.

Um das **Abkommen** zu erfüllen, plant Ägypten die Grenze Richtung Libyen besser zu schützen, da die meisten Flüchtenden nicht über Ägypten, sondern über die Nachbarländer versuchen, nach Europa zu gelangen. Dies wird allerdings vor allem zu **gefährlicheren Routen für Geflüchtete** führen.



Foto Mittelmeer via Pixabay

Italien-Albanien Deal: Ausschreibung für die Zentren

Es wird ernst: ab dem **20. Mai spätestens soll der Italien-Albanien Deal** mit den in Albanien geplanten Zentren für Geflüchtete, die in internationalen Gewässern von italienischen Behörden gerettet wurden, in Kraft treten. Das Innenministerium hat eine **Ausschreibung für die Betreiberschaft** für die mehr als absurde Umsetzung der externalisierten Aufnahme von Geflüchteten herausgegeben. **Insgesamt 880 Plätze** soll es in **Gjader** für potentielle Asylsuchende geben, dazu eine Abschiebehaftanstalt mit 144 Plätzen. Das Zentrum am Hafen in **Shengjin** hingegen wird als Hotspot dienen, Übernachtungen sind hier nicht vorgesehen. 33.950.139 Millionen Euro zuzüglich weiterer abrechenbarer Kosten will der italienische Staat dafür pro Jahr ausgeben. In der Ausschreibung wird genau festgelegt, wie viel Shampoo und Toilettenpapier (eine

Rolle pro Woche!) pro Person herausgegeben werden darf. Kleidung ist ebenso knapp berechnet, so dass viele der Geflüchteten weiter auf die Kleidung, die sie auf der Flucht getragen haben, angewiesen sein werden. Es bleibt völlig unklar, wie die Geretteten auf den Schiffen der Küstenwache oder der Marine auf hoher See getrennt werden sollen in die Gruppen, die nach Albanien kommen und die, die nach Italien gebracht werden.

„5000 Euro Kaution“

Mit dem „Cutro-Dekret“ ist unter Anderem auch die „5000 Euro Kaution“ für Migrant*innen aus „sicheren“ Herkunftsländern in Italien beschlossen worden.

Geflüchtete, die einen Asylantrag stellen, sollen in einem **geschlossenen Zentrum** untergebracht werden, bis die Entscheidung gefallen ist, oder aber sie können sich gegen eine **Kaution von knapp 5000 Euro „frei“ kaufen**. Von der Opposition und Menschenrechtsorganisationen gab es starke Kritik an dieser Maßnahme, weshalb nun **vom europäischen Gerichtshof geprüft** wird, ob sie überhaupt mit internationalem und europäischem Recht vereinbar ist.

Daraufhin hat der italienische Innenminister Piantedosi jetzt eingelenkt, die Maßnahme noch einmal zu überdenken. Auch wenn es laut dem Minister **keinen Grund zum Zweifel** an der Maßnahme gäbe, könnte er sich eine „**Abstufung des Betrags mit Einzelfallprüfung**“ vorstellen.

Dennoch betont **Piantedosi**, wie gut all die bisher getroffenen Abschottungsmaßnahmen der italienischen Regierung funktionieren würden und berichtet in diesem Zusammenhang auch stolz von den „Pull-Backs“, die die sogenannte libysche und tunesische Küstenwache in den letzten Monaten durchgeführt haben (Pull-Backs bezeichnen das Zurückholen in den Staat der Abfahrt). Sogar den schweren **Schiffbruch Mitte**

März mit mehr als 60 Toten nutzt er strategisch und behauptet, dass dieser kein Beweis dafür wäre, dass die **Maßnahmen der Regierung** nicht funktionieren würden, sondern dass man eben nur noch härter durchgreifen müsse.

Auf einer **Konferenz der Regierungspartei** erklärte Piantedosi, dass weder das „Cutro-Dekret“ noch der Albanien-Deal vom Europäischen Gerichtshof abgelehnt worden seien.

Obwohl die **Prüfung der „5000 Euro Kaution“** durch den **europäischen Gerichtshof** einen Funken Hoffnung schenkt, ist es dennoch erschreckend, wie sehr die italienische Regierung an ihrem Kurs der „Bekämpfung“ irregulärer Migration festhält, dabei immer menschenfeindlichere Maßnahmen und Methoden ergreift und sich sogar noch selbst lobt für ihre sogenannten „Erfolge“.

Situation der Geflüchteten



Foto von Geralt via Pixabay

Neuer Bericht zur Unterbringung in Italien

Im März 2024 ist ein neuer Bericht der Reihe „**Centri d'Italia**“ der Organisationen openpolis und ActionAid erschienen. Der Titel „**Ein angekündigtes Scheitern**“ („**Un fallimento annunciato**“) lässt keinen Zweifel daran, wie das Unterbringungssystem für Geflüchtete in Italien darin abschneidet. Die beiden Organisationen haben zum einen die Daten der Einrichtungen, zum anderen die Ausschreibungen zur Betreiberschaft analysiert.

Es sei, wie immer, mehr als schwierig gewesen, überhaupt an Daten zu gelangen. Interessant sei auch der Vergleich zu den Vorjahren 2018-2021 gewesen, da hier die Ankunfts zahlen sanken. In den Jahren 2022-2023 jedoch seien diese erneut gestiegen, das mache gerade die Untersuchung der Ausschreibungen und der Verteilung der Gelder sehr interessant. „Die Präfekturen scheinen immer mehr Schwierigkeiten bei der Vergabe von Aufträgen zu haben und greifen immer häufiger auf Direktvergaben oder andere Verfahren zurück, bei denen der **Grad der Transparenz** und der Wettbewerb bei den Aufträgen **verringert** wird, was die Gefahr von Missmanagement erhöht“, so [openpolis](#). 60% der Zentren seien immer noch Notstandszentren (CAS). [Missmanagement und administratives Chaos](#) kennzeichne das Unterbringungssystem. Die im letzten Jahr erlassenen Dekrete und Gesetze ermöglichen, dass Zentren ohne Strafen überfüllt werden können. Eine Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen mit Erwachsenen wird legitimiert und der Neubau von Zentren in beschleunigten Vergabeverfahren und ohne Transparenz oder Kontrolle erlaubt. Die Mittel für die Unterbringung werden immer weiter beschnitten, die neuen temporären Zentren **ohne jegliche Einhaltung eines Mindeststandards** werden immer mehr zur Normalität. Mit dem [Erlass des Migrationsnotstandes](#) im letzten Jahr wurde „ein Ausnahmezustand [geschaffen], der nicht durch die Zahl der Ankünfte (wie in den Jahren vor 2018) gerechtfertigt ist und, wie der Innenminister selbst erklärt hat, nur als ‚technisches Instrument‘ zur Steuerung der Aufnahme nützlich ist. Eine Möglichkeit, den **Mangel an Planung** in [vorherigen] Jahren zu beheben, in denen derselbe Minister Piantedosi selbst fast immer Schlüsselrollen im Innenministerium innehatte“, heißt es im Bericht. Könnte man noch sagen, dass die

Zahlen der Ankünfte in Zeiten der arabischen Revolutionen überraschend waren, 10 Jahre später zähle diese Ausflucht nicht mehr. Schuld sind jedoch nicht nur die Regierungen, sondern auch die Oppositionen, die allesamt das Thema Migration und Unterbringung immer nur für **Wahlkampfzwecke** instrumentalisiert haben, ohne je eine wirkliche Neugestaltung des Unterbringungssystems zu erarbeiten.



Demonstration in Palermo, 26. 03.2024, Gerechtigkeit für Kitim

Polizeigewalt, racial profiling und rassistische Gewalt

Am 13. März wurde Idrissa Diallo, ein 23-jähriger Hilfskoch guineischer Herkunft, in Modena nachts von den Carabinieri angehalten und nach seinen Papieren gefragt. Da er sie nicht bei sich hatte, bot er an, diese holen zu lassen, doch die Carabinieri wollten ihn in ihr Auto zwingen, Diallo wehrte sich. Die Situation eskalierte schnell, [die Beamten schlugen Diallo](#). Das Geschehen wurde jedoch mitgefilmt, [das Video der Polizeigewalt](#) ging viral. Der Fall reiht sich in eine Vielzahl von Fällen des „**racial profiling**“ mit folgender Gewaltanwendung ein, so die Onlineplattform „[Cronache di ordinario razzismo](#)“, auf der es auch landesweit möglich ist, rassistische Attacken anzuzeigen. Dass Polizeigewalt und „racial profiling“ kein italienisches Problem sind, macht auch der Verein [Rote Hilfe e.V.](#) aus Hamburg deutlich:

“Besorgniserregend ist außerdem die Entwicklung rassistischer Polizeigewalt. Die Ermordung von Mouhamed Lamine Dramé in Dortmund und der Mordversuch an Bilel in Herford waren noch nie Einzelfälle. Im Kontakt mit der Polizei müssen marginalisierte Gruppen oft mindestens um ihr Wohlbefinden fürchten. Die restriktive Abschiebepolitik der Bundesregierung wird von der Polizei bereitwillig in die Tat umgesetzt. Durch die Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen und die militärische Aufrüstung der Polizei geht diese immer brutaler und tödlicher gegen Geflüchtete vor.”



Wer hat Kitim getötet? Demonstration in Palermo, 26.03.2024

In [Palermo verstarb](#) am 23. März ein junger Mann aus Gambia, Kitim, im Krankenhaus. Er war zwei Wochen zuvor mit einem Messer angegriffen und überfahren worden. Auch die **tägliche rassistische Gewalt nimmt massiv zu**. Diverse migrantische Communities riefen zu

[einer Demonstration](#) gegen rassistische Gewalt am 26. März auf und fordern von den Behörden die Aufklärung der Ereignisse. Richard Braude vom [Arci Porco Rosso](#) betonte in seiner Rede vor der Kathedrale von Palermo, dass es in Palermo nicht viele verschiedene Communities gibt, sondern dass wir eine Community und nur zusammen stark sind.

Diskriminierung von migrantischen Frauen

Anlässlich des 8. März, dem internationalen Frauentag, wurde durch verschiedene Veranstaltungen vermehrt auf die **schwierige Lage für migrantische Frauen hingewiesen**. So hatte die italienische Arbeiter*innengewerkschaft CGIL eine Versammlung organisiert, in der es vor allem um die schlechte rechtliche Lage auf dem Arbeitsmarkt für migrantische Frauen, aber auch um Menschenrechtsverletzungen und Abtreibungsverbote ging. Es wurde stark kritisiert, dass **migrantische Frauen kaum eine Stimme** bekommen, um aktiv an der Mitgestaltung der Politik teilzunehmen. Außerdem fehlt es an Institutionen, welche sich zum Beispiel um Frauen kümmern, die Opfer von Menschenhandel geworden sind. Zudem hätten viele Frauen nach wie vor das große Problem, eine qualifizierte Arbeit zu finden und würden sich hauptsächlich mit kleinen Jobs wie Babysitten oder in der Pflege über Wasser halten.

Die Stitung „Iniziativa e Studi sulla Multiethnicità di Milano“ hat in Zusammenarbeit mit der Stiftung Cariplo die Diskriminierung von migrantischen Frauen auf dem Arbeitsmarkt untersucht. Sie zeigen auf, dass Italien laut dem European Institute for Gender Equality auf dem 13. Platz und somit unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Generell sei aufgrund von Sprachbarrieren und zum Beispiel durch Vorurteile der Arbeitgeber gegenüber der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion eine deutliche Diskriminierung von migrantischen

Frauen auf dem Arbeitsmarkt festzustellen. Sie sind also häufig einer **doppelten oder sogar multiplen Diskriminierung ausgesetzt** und werden zudem in der Migrationsforschung



Foto von Lidsey LaMont via Unsplash

kaum als eine soziale Gruppe untersucht. Auch in internationalen Abkommen und Gesetzen, wie der Genfer-Flüchtlingskonvention oder der Istanbul Konvention, kommt die prekäre Lage für migrantische Frauen häufig zu kurz und wird nicht als ein genderspezifisches Problem erkannt. Wünschenswert wäre es allerdings, wenn dieses Problem nicht nur an bestimmten Tagen, wie dem 8. März, thematisiert werden würde, sondern zu einem festen Bestandteil der alltäglichen Diskussionen wird!

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht](#) „Zonen der Rechtlosigkeit“.

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de

Der Scirocco erscheint im Jahr 2024 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR)

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unsplash